

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

26.8.1925 (No. 196)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14.  
Verantwortlicher:  
Nr. 958  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. H.  
E. H. Seyfried  
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite, Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind Bezahlung, und Kontoführung fällt der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Chang Tso=lin auf der Höhe der Macht und — der Gefahr

Nachdem die Meldung von dem Tode Chang Tso=lin's demontiert worden ist, — Folgesage sollen bekanntlich sehr lange leben — dürfte der nachstehende aus Wuhan stammende Bericht von besonderem Interesse sein:

Nach der Rückkehr Chang Tso=lin's von seiner Tientfin-Reise nach Wuhan hat die hiesige recht einflussreiche japanische Presse sowohl die Ergebnisse dieser Reise wie die gegenwärtige Machtstellung des Feldherrn und Staatsmanns in großer Aufmachung dargestellt. „Manshu Nichi Nichi“ erklärt, Chang Tso=lin stehe jetzt auf dem Gipfel seiner Macht, da er 6 Provinzen und 1 Sonderbezirk unter seiner Gewalt vereine und die Macht der Mukden-Partei auf ganz China ausdehnen könne.

„Nyoto Shimpō“ hebt die für Chang Tso=lin's Machtstellung so bedeutsamen Ergebnisse der Reise nach Tientfin hervor. Durch einen Glücksfall sei der Shanghaier Zwischenfall mit Chang Tso=lin's Eintreffen in Tientfin zusammengefallen; dadurch habe sich das Interesse auf die fremdenfeindliche Bewegung konzentriert und sei von Chang Tso=lin abgelenkt worden. So habe sich ein Schutzvorhang vor dem Marschall aufgemengogen, hinter dem er unbenutzt seine Ziele habe verfolgen können. Das erste Ziel, die Vertreibung der Truppen des Fong, sei leicht erreicht worden. Sodann habe Chang Tso=lin die Peking-Mukden-Bahn fest in seine Hand gebracht und ebenso sei ihm die Befestigung der Mukdener Macht längs der Tientfin-Kufow-Bahn gut gelungen; der Shanghaier Zwischenfall habe ihm sogar Gelegenheit gegeben, Mukden-Truppen bis nach Shanghai vorzuschieben. Auch in der russischen Frage habe er seine Absichten nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil Rußland eingeschüchert und die Raonanfu-Tsitfah-Bahn in seiner Hand behalten.

Die japanische Presse, die alles in allem Chang Tso=lin wohl will, weil er gut mit Japan steht, sieht aber auch, gerade weil er jetzt auf dem Gipfel der Macht steht, allerhand Gefahren für ihn voraus. Sie fürchtet, daß er in einer Art napoleonischer Machtgier ganz China in seine Hand bringen wolle und daß er daran scheitern würde. Schon der Geldpunkt wäre eine große Gefahr für ihn. Schon jetzt können die Mukden-Truppen kaum mehr aus der an sich schon notleidenden Mukdenener Provinzkasse bezahlt werden. Wenn man sie aber über ganz China verteilen und die Unterhaltspflicht der Provinzen auferlegen würde, so würde das große Erbitterung beim chinesischen Volke hervorrufen. „Manshu Nichi Nichi“ warnt den Marschall dringend, seine Popularität, die er nötig braucht, nicht aufs Spiel zu setzen. Er solle seinen Ehrgeiz rechtzeitig zügeln, wenn er nicht an dem Groß-Mukden-Gedanken zugrundegehen wolle.

Diese Warnung ist nicht ungerechtfertigt, denn das Blatt hätte hinzufügen können, daß die Popularität Changs beim chinesischen Volke schon jetzt sehr ins Wanken geraten ist. Er hat bei der gegenwärtigen chinesischen Bewegung den Fremden gegenüber die Haltung wohlwollender Neutralität angenommen und ist deswegen von den Führern der Bewegung und der chinesischen Presse als Verräter bezeichnet worden, während sein Rivale Fong sich durch patriotische Proklamationen viel Popularität verschafft hat.

Eine weitere Gefahr für Chang wird in seiner Absicht erblickt, seinen ältesten Sohn als Tapan nach Tientfin zu setzen. Mit diesem Akte eines gewissen Nepotismus würde Chang Tso=lin seinen getreuen Anhänger Li ching lin, der jetzt diese Stelle inne hat und dann einen anderen Posten erhalten müßte, vor den Kopf stoßen, weil Li seine Heimat Tientfin ungern verlassen würde. Da Li mit Recht sich einen Hauptanteil an dem Erfolge der Mukden-Partei zusprechen darf, so würde er in einem solchen Schritte Changs eine Undankbarkeit erblicken, und sein Abfall und Übertritt zu den Gegnern Changs läge sehr im Bereiche der Möglichkeit.

Die Stärkung der „Hausmacht“ Chang Tso=lin's durch die Befestigung eines der wichtigsten Posten im Reiche mit seinem Sohne würde aber auch den Staatspräsidenten Tuan chi-jui stutzig machen. Das Verhältnis zwischen Tuan und Chang hat sich ohnehin sehr abgekühlt, denn es war Tuan zwar sehr willkommen durch Chang Tso=lin von der Übermacht Fongs befreit zu werden, aber es liegt ihm begrifflicherweise gar nichts daran,

einen Vormund mit dem anderen zu verlauschen. Bezeichnend für den latenten Gegensatz zwischen Chang Tso=lin und Tuan ist die Tatsache, daß Chang, wie „Nyoto Shimpō“ besonders hervorhebt, bei seiner Tientfin-Reise ein Ziel nicht hat erreichen können, nämlich die Reinigung der Umgebung Tuans von Mukden-Begnern. Auch daß Chang wider Erwarten nicht persönlich nach Peking gekommen ist, zeigt, daß zwischen ihm und Tuan erhebliche Gegensätze obwalten. Ein Machtkampf zwischen den beiden Männern erscheint unausbleiblich, wofür sich Tuan nicht doch noch bereit erklärt, das von Chang Tso=lin geforderte verantwortliche Kabinett zu bilden, sondern weiterhin die politische Verantwortung allein tragen will.

### Reichsregierung und Preisbildung

Die Beratungen über die Preisbildungsfrage wurden am Dienstag im Reichskabinett fortgesetzt und sollen voraussichtlich heute nachmittag zu Ende geführt werden. Über die Absichten der Regierung zur Verhinderung einer weiteren Preissteigerung und Verbeiführung einer Preislenkung kann nach Mitteilungen von zuständiger Seite bereits folgendes gesagt werden:

Die durch die Steuererhebung erfolgte Entlastung der Wirtschaft, insbesondere die Herabsetzung der Umsatzsteuer, muß unbedingt zu einer Verbilligung der Waren führen, wenn auch die Wirkung nicht gleich mit dem 1. Oktober einsetzen wird, da viele noch im Handel befindliche Waren mit der alten Steuer noch belastet sind. Ferner dürfen die neuen autonomen Zollsätze nicht zu einer etwa gleich hohen Preisverteuerung benutzt werden, da erst die in den Handelsverträgen zu vereinbarenden Zölle der Preisgestaltung zugrunde zu legen sind. Um dies zu erreichen, wird auf die beteiligten Wirtschaftsorganisationen eingewirkt.

Des weiteren wird die Regierung alle ihre Machtmittel anwenden, um eine ungeduldfertige Preisverteuerung der Kartelle zu verhindern. Die Anrufung des Kartellgerichts bietet dazu die Maßnahmen. Durch den Reichswirtschaftsminister können Beschlüsse der Kartelle aufgehoben werden. Aber auch einzelne Mitglieder können die Beschlüsse des Kartells aufheben und ferner kann das Kartellgericht Zwangsmittel gegen einzelne Mitglieder aufheben. Die Regierung wird solche Schritte unternehmen. Auch wird die Regierung von dem Recht Gebrauch machen, die Nichtigkeit eines Kartellbeschlusses durch Klage beim Kartellgericht feststellen zu lassen, wenn das Kartell durch seine Preispolitik die Allgemeinheit schädigt. Auch kann das zuständige Ministerium die Neubildung anderer Verbände mit dem gleichen Ziel wie das aufgehobene Kartell verhindern. Auch die Nichtigkeit von Kaufverträgen kann ausgesprochen werden, wenn sie die Vertragslaufzeit und das Gemeinwohl gefährden. Die Regierung beabsichtigt ferner, rücksichtslos entgegen aus der Inflationszeit stammende Klauseln, ebenso Kaufabschlüsse in fremder Valuta.

Beim Nahrungsmittelhandel gestaltet sich die Einwirkung schwieriger, da eigentliche Kartelle dort nicht bestehen. Gleichwohl besteht aber gegenüber Preissteigerungen in dem Lebensmittelhandel eine unerhörte große Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis. Beim Fleisch macht sie nicht weniger als 80 Prozent aus und zwar hauptsächlich infolge der wesentlichen Vermehrung von Fleischverkäufern trotz geringeren Fleischverbrauchs gegen die Vorkriegszeit. Die Regierung hofft, durch Entfestigung eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes dem Uebelstande abzuhelfen und rechnet dabei auf stärkere Preiskontrolle der Verbraucher. Gegebenenfalls soll das Kontingent der Einfuhr von Gefrierfleisch, das jetzt 80 000 Tonnen im Jahre beträgt, erhöht werden, um eine preislenkende Wirkung auf das Fleisch zu erzielen. Von Regierungsseite wird schließlich vor Ankaufsläusen gewarnt, da eine allgemeine Erhöhung der Preise keineswegs zu befürchten sei, und eine solche törichte Handlungsweise gerade preisfördernd wirken würde.

### Die Veröffentlichung der französischen Antwort

BRN, Berlin, 26. Aug. (Tel.) Auf Grund einer neuerlichen Vereinbarung mit der französischen Regierung wird die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage bereits am Donnerstag früh gleichzeitig in Berlin und den andern Hauptstädten veröffentlicht werden.

Die neuen Mundfunkbestimmungen. Über die ab 1. Sept. in Kraft tretenden neuen Bestimmungen über den Unterhaltungsrundfunk teilt das „B. Z.“ mit, daß von diesem Tage an der Selbstbau und der Vertrieb von Mundfunkempfängern jeder Art freigegeben ist. Die Geräte werden von der Reichstelegraphenverwaltung nicht mehr geprüft und festgesetzt.

Geldnot der Linke-Hoffmann-Werke. Nach einer Meldung des „B. Z.“ aus Breslau haben die Linke-Hoffmann-Werke bei dem Magistrat von Breslau ein Darlehen von 8 Millionen Mark beantragt mit der Begründung, daß sie ohne Hilfe von seiten der öffentlichen Hand umfangreiche Arbeiterentlassungen vornehmen müßten.

Am die Präsidentschaft in Brasilien. Davas berichtet aus Rio de Janeiro: Für die Präsidentschaft in Brasilien werden Washington Luis und für die Vizepräsidentschaft Raulo Sianne kandidieren.

### Politische Neuigkeiten

#### Ein Notschrei des besetzten Rheinlandes vor der Stockholmer Weltkonferenz

In der Aussprache über das Thema „Kirche und internationale Beziehungen“ erklärte der Vertreter des evangelischen Rheinlandes, Generalsuperintendent mit Klingemann-Koblenz, im Einverständnis mit vielen Konferenzmitgliedern, er sei in dem Ziele einer Völkerverständigung mit der gesamten Konferenz einig, aber es sei unmöglich, eine Verewigung der gegenwärtigen Zustände des Völkerebens mit der Vorarbeit für das Reich Gottes in Einklang zu bringen. „Wir können an den nahen Zustand eines wahren Friedens nicht glauben, solange dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens versagt bleiben. Die Katholiken und Protestanten des Rheinlandes würden es nicht verstehen, wenn das Verlangen nach Befreiung von dem inneren und äußeren Druck nicht laut würde. Die uns auferlegten Bedingungen stellen das deutsche Volk gleichsam unter Strafe. Wir möchten Liebe predigen, aber es wird uns unendlich schwer gemacht. Vergebens wartet das entwaffnete Deutschland auf eine allgemeine Entwaflung. Der Völkerebundsgedanke ist nicht zu unterschätzen, aber es ist unmöglich, in der gegenwärtigen Gestalt des Völkerebundes eine religiöse Kraft zu erkennen. Der Völkerebund ist z. B. der Bürge eines unerträglichen Zustandes. Der Schutz der deutschen Minderheiten wird weiterhin verweigert. Wir verlangen nicht äußere Hilfe, aber Gerechtigkeit des Urteils und Würdigung unserer besonderen Lage.“

#### Die Räumung des Sanktionsgebietes

Festliches Glockengeläute von allen Kirchtürmen der Stadt Düsseldorf gab den Bürgern um Mitternacht bekannt, daß das als Sanktionsgebiet besetzte Düsseldorf von der Besetzung erlöst ist. Auf den Straßen der Stadt bewegte sich eine begeisterte Menge. Erfreulich war es, zu beobachten, daß jeder soziale Gegensatz geschwunden war. Aus allen öffentlichen Gaststätten erklangen vaterländische Lieder. Trozdem Umzugs von Rechts- und Linksradikalen stattfanden, ist es, soweit bekannt wurde, nicht zu Unruhestörungen gekommen.

Nachdem die französischen Truppen bereits im Laufe des Montags Duisburg verlassen hatten, ist am Dienstag der letzte Rest der belgischen Truppen abgezogen. Die Franzosen sind nach Worms verlegt worden, wo sie die dort liegenden marokkanischen Truppen ersetzen. Die Belgier zogen über Homberg zum linksrheinischen Besetzungsgebiet. Der Abzug ging glatt von statten. Die Freude in der Bürgerschaft ist groß. Mit dem Aufhören der Besatzungskontrolle um Mitternacht erhob sich von den Türmen sämtlicher Duisburger Kirchen Glockengeläute. Am kommenden Sonntag finden in allen Stadtteilen öffentliche Feste statt, bei denen Vertreter der Stadt, u. a. Oberbürgermeister Dr. Jarres, reden werden. Am gleichen Tage werden auch wieder deutsche Flugzeuge über der Stadt erscheinen.

Anlässlich der nunmehr erfolgten Räumung der Städte Düsseldorf und Duisburg sandte der preussische Ministerpräsident Braun an die Oberbürgermeister der beiden Städte Glückwunschktelegramme, in denen er namens der preussischen Staatsregierung herzlichsten Dank übermittelte für die vaterländische Haltung der Bevölkerung beider Städte während der Besatzungszeit und dem Wunsch Ausdruck gibt, daß das Wirtschaftsleben beider Städte sich nunmehr neu und erprießlich entwickeln möge.

#### Die Amerikareise Dr. Schachts

Aber die möglicherweise beabsichtigte Reise des Reichsbankpräsidenten nach Amerika sind eine Reihe unrichtiger Meldungen in Umlauf gesetzt und daran ebenso unrichtige Kommentare geknüpft worden, vornehmlich in der ausländischen Presse. Das BRN ist vom Reichsbankpräsidenten autorisiert zu der Erklärung, daß nach dem freundschaftlichen Besuch, den der Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York, Benjamin Strong, in Berlin gemacht hat, es der Wunsch des Reichsbankpräsidenten ist, diesen Besuch gelegentlich zu erwidern. Wann ein solcher Gegenbesuch möglich sein wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Mit Besprechungen über den Dawesplan wird der Besuch indessen nicht das Geringste zu tun haben. Dr. Schacht hat stets den Standpunkt vertreten, daß alle Voraussetzungen über die Möglichkeit der Durchführung oder Nichtdurchführung des Dawesplanes durchaus erfüllt sind und daß es zunächst für Deutschland nur darauf ankommen kann, alles in seinen Kräften stehende zur Durchführung des Planes zu tun und alle Vermutungen über eine eventl. Unmöglichkeit der Durchführung sind unangebracht und grundlos, als der Generalagent erst vor kurzem konstatiert hat, daß bisher alle Zahlungen Deutschlands unter dem Dawesplan reiflos und pünktlich erfüllt worden sind.

Auch mit der Stinnesaffäre hat der mögliche Besuch des Reichsbankpräsidenten in Amerika nicht das Geringste zu tun. In der Stinnes-Angelegenheit sind bisher sämtliche Fälligkeiten ausnahmslos bezahlt worden, ohne daß für die Firma Stinnes irgendwelche ausländische Hilfe in Anspruch genommen wurde. Im Gegenteil, es sind gerade die ausländischen Gelder bereits nahezu ganz abgedeckt und es sind nur noch geringe ausländische Fälligkeiten zu erwarten. Der Gang der freiwilligen Liquidation ist ein solcher, daß auch weiterhin damit gerechnet werden darf, daß die Firma allen ihren Verpflichtungen nachkommen wird. Ausländische Hilfe wird hierzu in keinem Falle nachgesucht werden. Schließlich sind auch alle Mitterlungen über Kreditverhandlungen, die der Reichsbankpräsident angeblich in Amerika aufzunehmen gedenkt, völlig nutzige Kombinationen; es liegt keinerlei derartige Absicht vor.

## Vom deutschen Katholikentag in Stuttgart

Die letzte Sitzung des Deutschen Katholikentages am Dienstag wurde durch eine Tagung des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen eingeleitet, an der katholische Auslandsdeutsche aus Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Türkei, Ungarn, Brasilien, Argentinien, Spanien und den Vereinigten Staaten teilnahmen. Mit besonderem Interesse wurden die Ausführungen eines Deutsch-Polen, der dem polnischen Sejm angehört, aufgenommen. Er erklärte u. a.: Die wirklichen Charakterzüge der Polen ist das auf die Deutschen. Den deutschen Katholiken wird es sehr schwer, sich eine Stellung zu verschaffen, weil Polen Gerechtigkeit fehlt. Da auch die Presse getrieben ist, ist es lediglich den Abgeordneten des Sejm möglich, die volle Wahrheit zu sagen. Am meisten haben die 5000 deutschen Katholiken in Polen unter dem polnischen Klerus zu leiden. — Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die dafür eintritt, daß die Arbeit der deutschen katholischen Auslandsverbände noch mehr als bisher unterstützt wird.

Die dritte geschlossene Versammlung, die daraufhin stattfand, widmete sich der Frage der katholischen Presse. Verlagsleiter Treiber hielt einen Vortrag über das Thema „Mehr Sorge für die katholische Presse“. Er forderte Unterstützung der katholischen Presse durch Inserate und geistige Arbeit und trat für eine ausreichende Bezahlung der Redakteure ein, damit talentvolle katholische Journalisten ihren Lebensunterhalt nicht bei der gemäßigten Presse suchen müßten.

Die dritte öffentliche Versammlung, die den Abschluß der Tagung bildete, war vorwiegend politischen und sozialen Gegenwartsfragen gewidmet. Der württembergische Justizminister Beutler führte in seinem Vortrag über „Gerechtigkeit und Liebe die Vorbedingungen des sozialen Friedens“ aus, das praktische Ziel zur Vermeidung sozialer Kämpfe müßte sein, daß auch bei einem beschränkten Stand des deutschen Wirtschaftsertrages alle Glieder des Volkes ihre Lebensnotwendigkeiten, soweit es überhaupt möglich ist, befriedigt sehen. Prälat Dr. Kreutz-Freiburg, wies in seinem Vortrag über das Auslandsdeutschtum darauf hin, daß im Ausland fast ebenso viele deutschsprechende Katholiken wie innerhalb der Reichsgrenzen leben und daß alle deutschen Katholiken helfen müßten, daß der Religionsunterricht für die 18 Millionen auslandsdeutscher Katholiken in ihrer Muttersprache gehalten wird. Der Kaplan Fesl sprach über die 3 Volkstümlichkeiten, deren Verbindung in Wort und Tat ein Heilmittel für die Weltkrisen der Gegenwart sei. Daß der Mensch existiere, sei seine 1. Vollkommenheit, daß er tätig sei nach allen Seiten hin, seine 2. Vollkommenheit, daß aber in ihm das Niedere dem Höheren diene, das sei seine 3. Vollkommenheit, die berufen sei, die Kultur des 20. Jahrhunderts vor dem Untergange zu schützen. Als letzter Redner sprach der ehemalige österreichische Bundeskanzler Selzer über „Katholische Liebe und Völkerverständnis“. Er führte aus: Die katholische Kirche hat den Krieg nicht schlechtin verboten, solange nicht ausreichende Mittel gefunden sind, um auf anderem Wege Konflikte zwischen Nationen und Staaten zu erledigen. Wenn aber die Entwicklung der Menschheit soweit fortgeschritten sein wird, dann wird die Kirche hervortreten und die Konsequenzen aus dem Grundgedanken des Gebotes der christlichen Nächstenliebe auch in der Friedensfrage ziehen.

## Der bayerische Innenminister und der französische Pfalzdelegierte

Anlaßlich des Besuches des bayerischen Innenministers Stübel in der Pfalz muß, wie die „Bayerische Staatszeitung“ bemerkt, es als bemerkenswert bezeichnet werden, daß der Minister vom dem französischen Oberdelegierten der Pfalz, Kollat, im Amtszimmer des Regierungspräsidenten begrüßt wurde. Der französische Oberdelegierte begrüßte den bayerischen Innenminister in einer französischen Ansprache im Namen des Präsidenten der Rheinlandkommission, Tirard, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die Beziehungen zwischen der französischen Befugung und den deutschen Verwaltungsbehörden immer gut sein und die Bemühungen der Befugungsbehörde zur Befriedung der Pfalz anerkannt werden möchten. — Innenminister Stübel dankte dem Oberdelegierten in deutscher Sprache für die Aufmerksamkeit seines Erscheinens und die Worte, die er an ihn gerichtet. Er gab gleichfalls dem Wunsch Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen den pfälzischen Behörden und der französischen Befugung stets korrekt und freundlich sein möchten, damit die Wohlfahrt des Volkes nicht leide, sondern auch unter der Befugung gefördert werde.

Ein Sowjetvertreter flüchtig. „Morning Post“ berichtet, ein höherer Beamter, der einer Sowjetmission in Zentral-europa angehöre, sei mit Dokumenten, die von der Sowjetregierung als äußerst wichtig betrachtet würden, verschwunden.

Der drohende Bergarbeiterstreik in Amerika. Nach dem „New York Herald“ bereitet sich die Washingtoner Regierung auf die Abwehr des Kohlenstreiks vor, der für den 1. Sept. in Aussicht steht. Es geht das Gerücht, daß der Kongreß zu einer Sonderprüfung zusammenberufen werden soll, um den Präsidenten Coolidge mit ausgedehnten Befugnissen auszustatten.

## Internationale Kunstausstellung in Zürich

Am Züricher Kunsthaus befindet sich zurzeit eine bis gegen Ende September währende internationale Ausstellung, deren Besuch kein Kunstfreund, den die Reise auch nur in der Nähe Zürichs vorbeiführt, versäumen sollte.

Man erinnert sich im allgemeinen mit Schaudern an offizielle internationale Ausstellungen mit fürchterlicher Weitaufmerksamkeit und wahllosen Wiflungen von bedeutend und unbedeutend, an denen man sich von Saal zu Saal, von Nation zu Nation schleppt, um schließlich aus 2 Kollektionen, die meistens von mehr oder weniger getrauten Kommissionen zusammengestellt sind, in einen Erfrischungsraum zu fliehen. Diese Züricher Ausstellung, die auf Malerei das Hauptgewicht legt und deshalb von der plastischen Kunst nur wenige Proben bringt, schafft nun einen neuen Typ. Eine private Veranstaltung der Züricher Kunstgesellschaft; ein Wille, der des Konser-vators Dr. Warthmann, hat ihr ungehemmt von allen den Rücksichten, durch welche die offiziellen Ausstellungen immer wieder verborgen werden, das Gesicht aufgedrückt. Die führenden Künstler der Gegenwart — wenig mehr als dreißig Maler — sind eingeladen; die Leistung und Art eines jeden durch eine größere Zahl von Werken zur Anschauung gebracht. Die Zahl der ausgestellten Kunstwerke hält sich durch dieses Verfahren in Grenzen, die dem Betrachter volle Übersicht ermöglichen; die Art der Anordnung, durch die die einzelnen Künstler geschlossen vorgeführt werden, und die gleichzeitig die Entwicklungszusammenhänge andeutet, bewirkt unmittelbare und im Gedächtnis haftende Anschaulichkeit. Fast alle Führer des gegenwärtigen europäischen malerischen Schaffens sind versammelt, sodas die Züricher Ausstellung als ein von Schäden im wesentlichen freies und nahezu vollständiges Abbild dieser vielfach noch so bitter bekämpften Entwicklung bezeichnet werden darf.

Bethlich umfaßt die Ausstellung die Periode vom ausgehenden Impressionismus bis zu der gegenwärtigen Ausdrucksweise der neuen körperlichen Sachlichkeit. Zwischen diesen

## Der Konflikt im Baugewerbe

Der Reichsarbeitsminister hat am Montag mit der Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes Fühlung genommen und versucht, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß die Arbeitgeber doch noch die Verbindlichkeitsklärung des von den Arbeitnehmern abgelehnten Schiedspruches durch den Reichsarbeitsminister beantragten. Es ist jedoch noch sehr zweifelhaft, ob diese Verbindlichkeitsklärung wirklich ausgeprochen wird, da das Arbeitsministerium neuerdings möglichst vermeiden will, amtlich durch Verbindlichkeitsklärung von Gesamtschiedsprüchen in die großen Wirtschaftskämpfe einzugreifen. Von Arbeitgeberseite wird betont, daß sämtliche Maßnahmen für die Generalausperrung der Bauarbeiter getroffen seien. — Aber die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches wird am morgigen Donnerstag Nachmittag im Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Falls es in letzter Stunde nicht zu einer Einigung kommt, werden am Freitag durch die Generalausperrung etwa 600 000 Bauarbeiter Deutschlands entlassen werden.

## Die Elektrifizierung der Brennerbahn

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat der Direktor der italienischen Staatsbahnen in einem Schreiben an einen sachverständigen Abgeordneten Trients berichtet, daß für die Elektrifizierung der Brennerbahn, Strecke Bogen-Brenner, bereits die Vorbereitungen getroffen werden. Es sind bereits Bestellungen auf Anschaffung der Träger für die Kraftleitung erfolgt. Die Regierung hat für die ersten zwei Jahre Baugeld der Strecke Bogen-Brenner 60 Millionen Lire bemittelt. — Da auch die österreichische Regierung die Strecke Kufstein-Innsbruck-Brenner innerhalb der nächsten zwei Jahre elektrifizieren will, ist mit elektrischem Verkehr auf der Linie Kufstein-Brenner-Bogen bis 1927 zu rechnen. Bis dahin dürften auch die bayerischen Strecken Kufstein-Rosenheim-München und München-Regensburg vollendet sein, so daß auf der großen Nord-Süd-Achse Regensburg-Bogen durchgängig elektrische Zugförderung eintritt.

## Die Lage in Marokko

„Daily Express“ berichtet aus Tanger, daß der Angriff der Rif-Nahden auf die spanische Alhucemas-Front ernst geworden sei, und daß die spanischen Verluste weit größer seien, als amtlich mitgeteilt wurde. Dieser Angriff habe die Folge gehabt, daß die Spanier ihre Landung auf dem marokkanischen Festlande verschoben haben. Eine große Anzahl von spanischen Truppen und Kriegsschiffen ständen in Ceuta für den geplanten Angriff bereit. Abd el Krim habe seinen Hauptgeneral Kharito mit der Organisation der Verteidigung beauftragt.

Drusen vor Damaskus! Der „Chicago Tribune“ wird aus Damaskus gemeldet, daß Dienstag Vormittag dort eine Panik ausgebrochen ist, als plötzlich in der Umgebung der Stadt einen wilde Reiterherde erschien, die Anstalten machte, von den umliegenden Bergen nach der Stadt herunterzukommen. Die Garnison von Damaskus sei schleunigst unter die Waffen gerufen worden, während französische Flugzeuge aufstiegen. Es sei zu einem Gefecht gekommen, in dem auf die Aufständischen Maschinengewehre eröffnet worden sei. Diese hätten sich dann unter dem Schutz des umliegenden Gebirges zurückgezogen. Man fürchtet, daß Erfolge der Aufständischen eine noch umfassendere Erhebung der unzufriedenen Elemente in Syrien hervorrufen würden. — Nach englischen Meldungen habe in Syrien eine außergewöhnlich schlechte Ernte Anzuzufriedenheit erzeugt. Außerdem herrsche scharfe antifranzösische Stimmung. Die Möglichkeit, daß bormalige Offiziere des türkischen Heeres sich den Drusen anschließen würden, sei beträchtlich.

## Kurze Nachrichten

Einschlebung eines Schlichters für den Lohnkonflikt bei der Reichsbahn. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich der Reichsarbeitsminister bereits zur Einschlebung eines Schlichters für den Lohnkonflikt bei der Reichsbahn bereit erklärt. Man will schon heute zu den ersten Verhandlungen zusammentreten. Die Verhandlungen sollen beschleunigt werden, weil das alte Lohnabkommen der Eisenbahner am 1. September abläuft.

Die verbesserte Neuausgabe von Quentin-Mahlaus süd-deutschem Taschenfahrplan ist erschienen und bringt wieder die Zusammenstellung der Bahnverbindungen von Hessen, Baden, Bayern und Württemberg und die Flugverbindungen. Neu enthalten sind die D-Jugtabellen, eine besonders übersichtliche Zusammenstellung der direkten Bahnverbindungen (D- und Eizüge) mit Einschluß der internationalen Strecken.

Grenzen breiten sich organisch Expressionismus und abstrakte Kunst aus. Mit guten Gründen ist auf alles verzichtet, das sich noch in ausgesprochen problematischer Entwicklung befindet; das Weirliche, also das über den Zustand der ersten Gärung hinausgewachsene, gleichgültig ob von alt oder jung geschaffen, ist die Voraussetzung für die Aufnahme in die Ausstellung, die sich vorab an den Kunstfreund richtet, der gute Kunst sehen will und soll. Der Wille in das Werden der Zukunft, der im besonderen der Sinn einer Ausstellung gegenwärtiger internationaler Kunst sein könnte, scheint bei einer solchen, an die Breite sich wendenden Ausstellung von geringerer Wichtigkeit, als die ausgesprochene Betonung der Qualität, durch die das Qualitätsgefühl gestärkt und geleitet wird.

Doppelter Genus und doppelte Erkenntnis gehen von der Ausstellung aus. Das zeich und vielfältige Kunstleben der letzten zwanzig Jahre ist in ihr kristallisiert; prägnant entwickelt sich zugleich die großen Einzelpersönlichkeiten. Es sind zumeist die Verühmten: Liebermann, Slevogt, Corinth (u. a. mit einem padenden Bildnis Eberts), Bonnard, der heute besonders geschätzte Utrillo, Groszmann als die Vertreter impressionistischer Kunstsprache in verschiedenen zeitlichen und nationalen Dialekten; Matisse, Mondrian, Bonoulli, ein merkwürdiger Vorläufer der deutschen Künstlergruppe „die Brücke“, Derain, Vlaminck, Gefer, die in Deutschland selten gesehenen Nordländer Ker Kroeg und Grünvald als die Übergangsmeister zur Formenfreiheit des Expressionismus, der durch Kollschka, Nolbe, Schmidt-Rattliff, Felgsmüller, Sedmann, Ockel und Gefer, die in Deutschland selten gesehenen Nordländer Ker Kroeg und Grünvald als die Übergangsmeister zur Formenfreiheit des Expressionismus, der durch Kollschka, Nolbe, Schmidt-Rattliff, Felgsmüller, Sedmann, Ockel und Gefer, dessen ganzer Werdegang vom Eger-impressionismus über den Kubismus zur neuen, massigen Körperlichkeit überblickt und erlebt werden kann; schließlich Führer der neuen Sachlichkeit Grosz, Dix, die diesseits der Alpen unbekannteren Italiener Casorati und Oppi sowie der Nordländer Schw. Die Anschaulichkeit dieser einzelnen Künstlergestalten erhöht sich durch ihr gleichsam geistig zumutmaßig geschlossenes Auftreten. Was man sich sonst aus dem Gedächtnis mühsam zusammenreimen muß, hier kann es an der

## Badischer Teil

### Neuerungen bei der Reichsbahn

Zum Eisenbahnunglück in Weiden (Oberpfalz) in der Nacht zum 9. Aug. gibt die Reichsbahn eine eingehende Darstellung, in der festgestellt wird, daß die Schuld am Unglück den Lokomotivführer des D-Zuges trifft, der die Halbesignale unbeachtet ließ, und daß alle Signale und Warnungszeichen nicht vermochten, den Zusammenstoß zu vermeiden.

Technische Einrichtungen, die geeignet sind, im Falle des Versagens des Lokomotivführers den Zug automatisch zum Stillstand zu bringen, haben sich bisher nur auf elektrisch betriebenen Stadtbahnen bewährt. Auf Fernbahnen mit Schnellzugsverkehr ist die Schaffung solcher Einrichtungen mit großen technischen Schwierigkeiten verbunden. Trotzdem ist die Reichsbahn seit langem bemüht, auch diese Frage zu lösen. Die Arbeiten in dieser Richtung sind soweit gebieen, daß vor einiger Zeit den Deutschen Eisenbahnsignalwerken der Auftrag gegeben worden ist, zunächst 4 Strecken mit Einrichtungen auszurüsten, die das Streckensignal als akustisches Signal an den Führerstand der Lokomotive übertragen. Im Falle der Bewährung der Einrichtung soll ihre Wirkungsbereich auf die Bremsbetätigung erweitert werden.

Die Ausrüstung der Züge mit den zur Dilekleistung bei Unfällen nötigen Geräten, Werkzeugen und Verbandmitteln wird a. B. weitgehend geändert mit dem Ziele, diese Gegenstände anderweitig derart in den Zügen unterzubringen, daß sie so schnell wie möglich und reichlich zur Stelle sind, Sie sollen Jedem zur Hand sein, der berufen oder gewillt ist, Verunglückten zu helfen. Die Änderung wird zurzeit ohne Rücksicht auf die erheblichen Kosten beschleunigt durchgeführt, ebenso die reichliche Ausrüstung der Wagen mit Feuerlöschern.

### Das badische Zentrum und der Schritt Dr. Wirths

Der „Badische Beobachter“ hat sich mit dem Vorliegenden des badischen Zentrums, Abg. Dr. Schofer in Verbindung gesetzt, da Dr. Wirth vom badischen Zentrum in den Reichstag gewählt ist. Dabei erfährt das Blatt, daß der Brief, mit dem Dr. Wirth seinen Austritt dem Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion, Herrn Fehrenbach, mitteilte, auch der Parteileitung in Baden mit einer längeren Zuschrift von Herrn Dr. Wirth zur Kenntnis gebracht worden ist.

„Ich sehe nicht an“, so bemerkt Herr Dr. Schofer, „den gemeldeten Schritt des so verdienten Parteifreundes aufrichtig zu bedauern, auch wenn etwa schwerwiegende Gründe aus den letzten Vorgängen im Reichstage dafür geltend gemacht werden könnten. Das badische Zentrum hat in seiner Presse seinerzeit das Vorgehen des Herrn Abg. von Baden im preußischen Landtag der dortigen Zentrumsfaktion gegenüber verurteilt. Ähnliche Erwägungen wie dort führen hier zu dem entsprechenden Wunsch, der Schritt, der doch wohl besser unterblieben wäre, auch ebenfalls wie dort so bald als möglich die Korrektur erfahren, die sicherlich das ganze badische Zentrum wünscht. Indes muß auch betont werden, daß das persönliche Gewissen jedes Abgeordneten, auch das des Herrn Dr. Wirth, seine Rechte wie seine Verantwortung hat. Die christlichen Grundsätze unserer Partei müssen auch auf diese Seite der Sache die entsprechende Rücksicht nehmen. Umgekehrt wird es aber eben diesem Gewissen empfohlen werden dürfen, wichtige Gesichtspunkte allgemeiner Natur von hohem Wert in ihrer vollen Bedeutung gebührend zu beachten.“

Es ist für mich schmerzhaft, zugeben zu müssen, daß die Parteileitung in Baden vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde. Auch so bleibt es ihre Aufgabe, alles in die Wege zu leiten, um den Pfad der Verständigung anzubahnen. So möchte ich auch die Parteifreunde im Lande und speziell die Zentrumspresse bitten, die ganze Angelegenheit mit unbedingter Ruhe und strikter Sachlichkeit zu behandeln, auch dann, wenn etwa einzelne gemerische Faktoren aus dem Vorgesagten Kapital zu schlagen suchen. Die Tagung in Offenburg wird der Ort sein, wo auch die beregte Frage besprochen und geklärt werden muß, und das nach beiden Seiten, aber mit dem festen Ziele des Ausgleichs und der Verständigung.

Wer die Geschichte der Parteien kennt, wer auch in der Vergangenheit es Zentrum sich auskennt, der weiß, wie politisch schwere Zeiten mit ihren Auseinandersetzungen immer wieder Schwierigkeiten brachten, Schwierigkeiten auch solcher Art, wie wir sie heute vor uns sehen. Darum kann der gemeldete Vorgang nicht besonders überraschen, auch nicht zu übertriebenen Sorgen Veranlassung geben. Bei einem allseitig vorhandenen guten Willen, woran nicht gezweifelt werden darf, beim Gedanken an die heutige Lage der heiligen Ideale, für die jeder wahre Zentrumsmann, gleichgültig, auf welchem „Flügel“ er sonst auch stehe, sein Herzblut zu opfern bereit sein muß, darf erwartet werden, daß die Angelegenheit ihren baldigen und befriedigenden Abschluß findet und nichts zurückläßt als eine bestimmte und heilsame Lehre!

In einem Bericht der „Germania“ aus Stuttgart heißt es, daß Dr. Wirth beabsichtige, seine Haltung demnach in einer Broschüre zu begründen. Aus der Tatsache, daß Dr. Wirth

lebendigen Werken unmittelbar abgelesen werden. Die organische Naturlichkeit der Entwicklung in der Malerei der letzten zwei Jahrzehnten, ihre Logik und ihre — Gesundheit tritt mit aller Deutlichkeit in Erscheinung. Man mag anderswo einzelne Erscheinungen oder einzelne Kunstströmungen impulsiver und feuriger empfunden haben, ihre tiefe innere Notwendigkeit erscheint erst angesichts einer solchen allgemeinen Zusammenfassung in ihrer vollen Kraft. So ist die Züricher Ausstellung, abgesehen von dem Wert und dem Leben, die in den Bildern selbst liegen, die glänzendste, jedem Kunstfreund leicht verständliche Rechtfertigung der vielfach heute noch als ungesund mißverstandenen Malerei der jüngsten Vergangenheit.

Neben dieser wichtigen Funktion, das Beste des jüngsten malerischen Schaffens anschaulich zu machen, vermittelt die Züricher Ausstellung ganz unmittelbar Erkenntnisse allgemeiner Natur. Man sieht eindringlich vor Augen, wie einerseits der von Nation und Individuum unabhängige Zeitgeist die Künstler aller Nationen zu einer großen Familie verbindet, und wie andererseits gerade durch die selbstverständliche Hingabe der Künstler an den sich wandelnden Zeitgeist die wahre persönliche und damit auch nationale Entfaltung des einzelnen gewährleistet wird. Man sieht zugleich, daß es im Reich der Kunst eine oberste Schicht der souveränen Führer gibt, deren Wesen darin besteht, daß sie Zeitgeist und Individualkraft zu einer großen, in sich geschlossenen Einheit verschmelzen. Die Bilder dieser Führer, gleichgültig in welcher Strömung sie stehen, sind eindeutig, sie strahlen das merkwürdige Etwas aus, das sich nicht in Worten fassen läßt. Es „sicht“ in ihnen alles, das tiefste Feingefühl ist in sie benannt; mögen sie in ihrer Formensprache noch so fantastisch sein, das Werk im ganzen strahlt einen von verblüffendem Reichtum und inneren Galtungen freien Raum aus. Man spürt und sieht es deutlich: in dieser Ausstellung sind Aristokraten der Kunst versammelt. Und weil Aristokraten der Kunst sprechen, ist diese Ausstellung eine seltene Führerin zur Kunst überhaupt.

Dr. Curjel.

selbständig und ohne vorhergehende Fühlungsnahme mit seinen Freunden sich zu diesem Schritt entschloß, gehe hervor, daß die Meldung einiger Blätter, das Beispiel werde Nachahmung finden, unzutreffend ist. Wenn man hier und da lese, daß Dr. Wirth sich mit der Absicht trage, eine neue Partei zu gründen, so beruhe das auf einem Mißverständnis und entspreche den Hoffnungen gewisser Kreise. Dr. Wirth habe es nicht auf die Sprengung gewisser Kreise. Seine Handlung sei als Mahnung aufzufassen, als Appell an das Parteigewissen, und es wäre eine schlechte Wirkung, wenn diese Mahnung durch topflose Neugründungen entstellt würde. Bemühen wir uns also, so schiebt der Bericht, dieses Signal zu beachten und ohne Voreingenommenheit und Nervosität es auf seine Berechtigung zu prüfen. Noch sind wir zu einer solchen Untersuchung stark genug.

### Aus der Landeshauptstadt

**Unterbrechung in der Stromversorgung.** Gestern Nachmittag fehlte zwei Stunden lang der elektrische Strom aus, was vielfach zu unliebsamen Störungen führte. Gegenüber Blättermeldungen, welche dem Ausbleiben der Stromzufuhr des Badenwerks die Schuld geben, erfahren wir auf Nachfrage bei der Leitung, daß das Badenwerk an der Störung vollkommen unbeteiligt war.

**Der rechtsrheinische Posten an der Magauer Brücke** ist dieser Tage zurückgezogen worden. Infolgedessen verfuhr eine Anzahl Leute, die Brücke ohne Anweisung zu überschreiten und zog sich dadurch ganz empfindliche Strafen zu (jeweils 20 M.). Die Franzosen revidieren zurzeit sehr scharf.

**Wie groß darf die Postkarte sein?** Die Höchstmaße für Postkarten des inneren deutschen Verkehrs und nach dem Auslande betragen vom 1. Oktober 1925 ab 14,8x10,5 Zentimeter. Postkarten mit größeren Abmessungen bis zu 15,7x10,7 Zentimeter können im inneren deutschen Verkehr bis zum 30. September 1927 aufgebraucht werden.

**Nähe der Jahrbücherei Ausstellung.** Die in der Woche vom 5.—13. September in der Stadt. Ausstellungshalle hier stattfindend, finden über 40 wissenschaftliche Vorträge und Demonstrationen mit Lichtbildern statt, die zum Teil auch das Interesse des Laien in Anspruch nehmen werden. U. a. wird der Dentist Maurer in Kontanz seine Erfindung „Das Feinstrohglöbke“ vorführen. Mit Hilfe dieses Apparates ist es möglich, das Kambieren der Zähne ohne Bohrung vorzunehmen. Was der Patient am meisten fürchtet, die Ausbohrung der Zahnhöhle, wird künftig durch das Feinstrohglöbke schmerzlos erreicht. Herr Forstbauer-Neuwirth, ein Fachtechniker ersten Ranges, wird über amerikanische Fortschritte in der Zahnheilkunde berichten.

**Lehrergesangverein Karlsruhe.** Die Vorstandschafft des Lehrergesangvereins wählte den von Dresden als 1. Kapellmeister an das Badische Landesbühnenherren berufenen Herrn Dr. Heinz Knoll einstimmig zum Dirigenten des Vereins. Dr. Knoll hat sich außer seiner Tätigkeit an der Dresdener Staatsoper auch der Chorleitung in Vereinen gewidmet. Er dirigierte die von Robert Schumann im Jahre 1848 gegründete Dresdener Singakademie, sowie den ältesten, 1834 gegründeten Dresdener Männergesangverein Orpheus eine Reihe von Jahren mit großem Erfolg. Beide Vereine ernannten Dr. Knoll bei seinem Weggange zum Ehrenmitglied.

**Beislagnahme Brillantnadel.** In einer Strafsache wurde eine Brillantnadel aus Platin mit Perlen im Werte von 2000 M. beschlagnahmt. Der Besitzer will die Nadel im Jahre 1923 oder 1924 zwischen Loffenau und Gerrenalb aufgefunden haben. Ausgeschlossen erscheint es nicht, daß diese Nadel aus einem Diebstahl stammt. Sachdienliche Mitteilungen wollen an das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe gemacht werden.

**Gefahre Uhrenbende.** Unseren hiesigen Kriminalbeamten ist es gelungen, die beiden Diebe, welche aus dem Schaufenster eines hies. Uhrengeschäftes drei wertvolle gold. Uhren gestohlen haben, festzunehmen und das gestohlene Gut wieder bezuschaffen. Es handelt sich um zwei wiederholt vorbestrafte Burschen, die auch wegen anderen Straftaten gesucht wurden.

**Wiener Operette im städt. Konzerthaus.** Heute Mittwoch, 26. und morgen Donnerstag, 27. August finden die beiden letzten Aufführungen der großen Operettenneuheit „Der süße Kavalier“ in der Originalbesetzung statt. Freitag gelangt zur Feier des 100. Geburtstages von Johann Strauß dessen nachgelassene Operette „Wiener Blut“ zur Erstaufführung. In der von Willi Stadler inszenierten und von Willi Seidl musikalisch geleiteten Aufführung sind die Damen von Damario, van Heer, Reiter und die Herren Gasp, Schleifer, Stadler, Walle und Walenta beschäftigt. Sonntag nachmittag bei stark ermäßigten Preisen „Gräfin Mariza“. Zu dieser um 8 Uhr beginnenden Vorstellung haben alle Ermäßigungskarten Gültigkeit.

**Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 26. August, 8 Uhr vorm.:** Die Cylone ist in östlicher Richtung vorübergezogen und befindet sich gegenwärtig mit ihrem Zentrum bei Bromberg. Das westliche Hoch erweiterte sich als schmaler Rücken, der heute Morgen über Frankreich liegt und voraussichtlich rasch über uns wandern wird. Da südwestlich Island eine neue kräftige Cylone nachrückt, ist nach vorübergehender Auflockerung mit neuer Krübung und weiteren Regenfällen zu rechnen. Infolge kalter Nordströmung in größeren Höhen und Stauung im Schwarzwald und den Alpen kam es gestern in Baden und der Schweiz zu starker Wolkensbildung, verbunden mit reichlichen Niederschlägen. Infolgedessen dürfte die Aufhellung bei uns nur unwesentlich sein. Vorhersage für morgen: Vorübergehend Aufhellung, vereinzelt leichte Niederschläge, Temperaturen unverändert bei westlichen Winden.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D.3. Mosbach, 24. Aug.** Die 14. unterbadische Zuchtvieh-ausstellung findet am Donnerstag, den 10. September in Mosbach statt.

**D.3. Seibelsberg, 25. Aug.** Die große Strafkammer des Heidelberger Landgerichts beschäftigte sich heute mit der Berufung des Schrankenwärters Georg Dammert, durch dessen leichtsinniges Verhalten beinahe das furchtbare Unglück auf dem Bahübergang bei Rot-Malsch sich ereignete. Dammert hatte gegen das Urteil des Schöffengerichts, das auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis lautete, Berufung eingelegt. Die große Strafkammer hat heute diese Berufung zurückgewiesen und hat nur für die Dauer der Untersuchungshaft anstatt 8 Wochen 15 Wochen angedroht. Auch der Haftbefehl wurde nicht aufgehoben.

**W.3. Mannheim, 26. Aug.** Heute morgen gegen 1/2 11 Uhr fuhr zwischen Oppau und Friesenheim der Mannheimer Ländnermeister W.3. Groß mit seinem Motorrad an einer Kurve gegen einen Baum und stürzte zu Boden. Er erlitt einen Schädelbruch und brach das linke Bein. Infolge der schweren Verletzungen trat bald darauf der Tod ein.

**D.3. Baden-Baden, 25. Aug.** Die heutigen Rennen hatten guten Besuch aufzuweisen. Die Auslandsbeteiligung war zufriedenstellend. Das Ausland konnte einen Sieg und einen Platz erringen. Im übrigen zeigte sich die Überlegenheit des deutschen Pferdmaterials.

**D.3. Tengen (Amt Waldshut), 25. Aug.** Der hiesige Verkehrsverein hatte zum vergangenen Samstag eine Volksversammlung zum Protest gegen die deutsch-schweizerischen Grenzverhältnisse einberufen, die zahlreich besucht war, und zu der auch die Verkehrsvereine Waldshut, Suzach und Goblens Abordnungen entsandt hatten. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Inhalt einer Eingabe einverstanden, die bei der Versammlung der Verkehrsvereine in Goblens (Schweiz) gewählte Arbeitsausschuß an die Regierungen in Berlin und Bern zu richten beabsichtigt. In dieser Eingabe wird der vollständige Abbau der bisherigen Vorschriften im kleinen Grenzverkehr verlangt, und die Wiederherstellung des Zustandes des vollkommen freien Grenzverkehrs der Personen zwischen Deutschland und der Schweiz, wie er vor dem Kriege bestanden hat, gefordert.

## Letzte Nachrichten

### Conrad von Höhendorf †

**W.3. Bad Mergentheim, 26. Aug. (Tel.)** Der österreichische Feldmarschall Graf Conrad v. Höhendorf ist gestern nachmittag 5 Uhr plötzlich gestorben.

Er wurde 1862 in Penzing bei Wien als Sohn eines Obersten geboren und im hainburger Kadetteninstitut erzogen, 1878 machte er als Oberleutnant den Feldzug in Bosnien-Herzegowina mit, beteiligte sich 1879 als Generalstabsoffizier an der Besetzung des Lim-Gebietes und kämpfte in den Gefechten bei Ripac, Sarajewo, Mostar usw. 1882 stand er im Felde gegen die Insurrekten in Süd-Dalmatien und wurde darauf in den Generalstab kommandiert. Später fungierte er als Generalstabschef der 11 Truppen-Division und kam 1888 als Lehrer zur Kriegsschule. 1908 wurde er Feldmarschalleutnant, 1906 Chef des Generalstabs. 1911 trat Höhendorf infolge seines Gegensatzes zum Außenminister Grafen Threnthal von seinem Amt zurück, übernahm das Amt aber im folgenden Jahre wieder und wurde 1913 Generalinspekteur der österreichisch-ungarischen Armee. Er war dazu berufen, den letzten Kampf des alten Österreich in den ersten Jahren zu leiten. 1917 trat er, inzwischen zum Generalfeldmarschall ernannt, als Chef des Generalstabes zurück und übernahm das Kommando über die Heeresgruppe an der Südtiroler Front. Es gelang ihm im Spätherbst 1917 nicht, aus dem Gebirge in die italienische Ebene vorzudringen, ebenso nicht im Juni 1918. Dies war dann der Grund, warum er dann im Juli 1918 vom aktiven Dienst zurücktrat. Nach der Revolution trat er ein so hochberühmten Mann das traurige Los so vieler alten Generale der österreichischen Armee. In ärmlichen Verhältnissen lebte er zurückgezogen in Innsbruck.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	26. August		25. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.09	169.51	169.09	169.51
Kopenhagen 100 Kr.	101.87	102.13	100.67	100.87
Italien 100 L.	15.65	15.69	15.61	15.65
London 1 Pf.	20.378	20.430	20.379	20.431
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	19.635	19.675	19.74	19.80
Schweiz 100 Fr.	81.26	81.46	81.21	81.41
Wien 100 Schilling	59.11	59.25	59.12	59.26
Prag 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

**Die Zigarren- und Zigarettenproduktion Deutschlands und seine Kohlabaleinfuhr.** Im abgelaufenen Rechnungsjahre wurden im Deutschen Reich nach einer Meldung des „Zigarren- und Zigaretten-Spezialist“ (Dresden) insgesamt 25 Milliarden Zigaretten und etwas über 5 Milliarden Zigaretten hergestellt. Die Kohlabaleinfuhr nach Deutschland belief sich in der ersten Hälfte dieses Jahres auf 511 000 Doppelzentner im Werte von etwas über 112 Millionen. Hieran kam allein ein Drittel aus Sumatra und Java und ein weiteres Drittel aus den Balkanländern.

## Staatsanzeiger

**Betrieb eines Totalisators durch den Rennverein Iffezheim.**  
Dem Rennverein in Iffezheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 6. September 1925 in Iffezheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.  
Karlsruhe, den 25. August 1925.  
Der Minister des Innern:  
J. A. Dr. A. Jung

**Wiener Operette im städtischen Konzerthaus**  
Morgen Donnerstag 27. August, abends 7 1/2 Uhr  
die fantastisch-moderne Operette  
**Der süße Kavalier**  
von Leo Fall  
Billetts von M. 1.50—5.30 bei Fr. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnen, Kaiserallee, Holzschuh, Werdersstraße 48, und an der Tageskasse. C.548

**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 39 des Aufwertungsgesetzes fordern wir diejenigen Inhaber von Schuldverschreibungen unserer 4 1/2 %igen Anleihen vom Jahre 1901 und 1910, die ihre Obligationen vor dem 1. Juli 1920 erworben haben, oder für die § 38 des Aufwertungsgesetzes zutrifft, und die bis zur Anmeldung Obligationen-gläubiger geblieben sind, auf ihre Schuldverschreibungen, für die die Rechte des Altbesitzes in Anspruch genommen werden, zur Vermeidung des Verlustes des Genussrechts bis zum  
**30. September 1925**  
bei uns oder bei: Rheinische Kreditbank, Filiale Karlsruhe i. B., Dresdener Bank, Filiale Freiburg i. B. anzumelden. Die erforderlichen Beweismittel für die Anerkennung der Eigenschaft als Altbesitz sind der Anmeldung beizufügen oder binnen einer weiteren Frist von einem Monat nachzureichen.  
Maximiliansau, den 26. August 1925.  
**Finoleum-Fabrik Maximiliansau A.-G.**

**Bauplanumlegung zwischen der Reuter- und Adnerstraße nördlich der Reimuthstraße auf Gewarlung Anleihen betr.**  
Der Gemeinderat Anielingen hat eine Neueinteilung — Bauplanumlegung — zwischen der Reuter- und Adnerstraße nördlich der Reimuthstraße seiner Gewarlung beantragt. B.604  
Tagfahrt zur Abstimmung der beteiligten Grundeigentümer über den Plan findet statt am  
**Mittwoch, den 16. September 1925, nachmittags 5 1/2 Uhr,**  
im Rathaus in Anielingen.  
Spätestens in dieser Tagfahrt sind etwaige Einwendungen gegen den Plan sowie etwaige Entschädigungsansprüche bei Anschlußvermerken anzumelden. Insbesondere findet auch eine nachträgliche Geltendmachung derartiger Ansprüche im Klageweg nicht statt.  
In der Tagfahrt werden die zur Abstimmung Richterschienen und die Nichtabstimmenden als dem Plane zustimmend angesehen.  
Karlsruhe, den 25. August 1925. C.3. 128  
Badisches Bezirksamt Aht. II a.

**Gaushaltungsschule**  
des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz  
Karlsruhe, Herrenstraße 39  
Wiedereröffnung der Anstalt am **Dienstag, den 1. September 1925.**  
In diesem Tage beginnen sowohl die **Gaushaltungskurse für Internatialschülerinnen** als auch die **Kochkurse für Stadtschülerinnen.** Gleichzeitig soll aber mit der Anstalt verbundene **Wirtschafsschule** wieder eröffnet werden. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen.  
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder mündlich erteilt durch den Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz, Kaiserallee 10, oder die Vorsteherin der Gaushaltungsschule, Fräulein Wilhelm, Herrenstraße 39.

**BAUBUND-MÖBEL**  
HERVORRAGEND  
IN FORM & GÜTE  
kaufen Sie am besten beim  
**BAD. BAUBUND**  
G. M. B. H.  
**KARLSRUHE**  
Karl Friedrich-Strasse 22  
am Rondellplatz  
TAGL. GEÖFFNET  
VON 8 1/2—12 1/2 UND 2—6 1/2 UHR

**Architekt**  
Im besetzten Gebiete an-fälliger, alter  
sucht ledigen, künstlerisch begabten Kollegen zur Mitarbeit. Bei Kondenz Lebensstellung durch Nachfolge.  
Angebot mit Lebenslauf unter C. 648 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Detektiv** - Institut  
u. Privat-Auskunfte  
**Argus** Mannheim  
O. G. 6.  
Planen 3.47  
Fernspr. 3303  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Ratsschreiberstelle.**  
In der Gemeinde Kollnau Amt Waldkirch (Industrieort mit nahezu 3000 Einwohnern) ist die Stelle des **Verwaltungsschreibers** als bald zu besetzen. Berufsmäßige, in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, Rechnungs- und Grundbuchwesen erfahrene Bewerber wollen sich unter Einreichung von selbstbestätigtem und geschriebenen ausführlichem Lebenslauf mit Bildungsangabe und lückenlosen Dienstzeugnissen melden. Ebenso wollen gewünschte Vergütung und Eintrittsmöglichkeit angegeben werden. C.647  
Kollnau, 25. August 1925.  
Der Gemeinderat.  
Ropper, Bürgermeister.

nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter Rechts-anwalt Mödelshab, Bruchsal. Anmeldefrist 15. September 1925. Erste Gläubigerversammlung 22. September 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr. Prüfungstermin 22. September 1925, nachm. 2 1/2 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. September 1925 Anzeige zu machen.  
Philippshurg, 24. Aug. 1925.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

B.605. Fahr. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft Gebrüder Ander in Fahr ist ein besonderer Prüfungstermin bestimmt worden auf **Samstag, den 12. September 1925, vormittags 9 Uhr.**  
Fahr, 25. August 1925.  
Badisches Amtsgericht II.

**Güterrechtsregister.**  
Offenburg, B.557  
Güterrechtsregister Bd. II S. 499: Hugo Wolf, Kaufmann in Offenburg, und Helene geb. Birg. Durch Vertrag vom 30. Juli 1925 wurde für die Zukunft vollständige Gütertrennung gemäß § 1426 ff. des B.G.B. vereinbart.  
Offenburg, 18. August 1925.  
Badisches Amtsgericht I.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 34

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe I. B.,  
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

26. August 1925

## Die Gegendenkschrift

Nachdem die Denkschrift der Reichsregierung wegen der Unmöglichkeit einer Besoldungserhöhung hier f. Zt. auszugswiese wiedergegeben worden ist, soll nachträglich auch von der Gegendenkschrift der Beamtenorganisation in derselben Sache Kenntnis gegeben werden.

Die Spitzeorganisation der Beamten haben gegen die Denkschrift der Reichsregierung vom 20. Mai 1925 in einer Eingabe, die sie am 19. Juni an den Reichstag richteten, Stellung genommen. Aus dieser Gegendenkschrift der Beamtenorganisation seien hier wesentliche Ausführungen herausgegriffen, die die wirtschafts- und finanzpolitischen Gründe für die ablehnende Stellungnahme der Reichsregierung einer Betrachtung unterziehen.

Die Denkschrift der Regierung führt aus, daß Zeitpunkt und Ausmaß einer Gehaltsaufbesserung „nicht ausschließlich“ bestimmt werden dürfen von dem „augenblicklichen Stand der Finanzen und bedauerlicherweise ebensoviele von den Bedürfnissen der Beamten“. Diese Feststellung kann nicht als Ausdruck einer neuen Erkenntnis angesehen werden. Es hat wohl noch nie jemand verlangt, daß sich die Gehaltserhöhung „allein“ nach den Bedürfnissen der Beamten richten soll. Nach unserer Auffassung verdienen jedoch die wirtschaftlichen und berechtigten — nicht übertriebenen — Bedürfnisse der Beamten die erste Berücksichtigung bei der Bemessung der Gehaltshöhe.

Da nun die Reichsregierung, indem sie „keineswegs“ verkennt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei den Beamten groß sind, das Bedürfnis nach einer besseren Gestaltung der Besoldung selbst zugibt, so muß man angesichts ihrer völlig ablehnenden Haltung zu der Ansicht gelangen, daß sie diesen Bedürfnissen zurzeit keinen Einfluß auf die Gestaltung der Besoldung zuerkennen will.

Als wichtigster Punkt für die Ablehnung bleibt die Ansicht, daß es „volkswirtschaftlich nicht zu verantworten“ sei, eine Erhöhung der Beamtengehälter einzutreten zu lassen. Die Abhängigkeit der Beamten von der Wirtschaft ist also der ausschlaggebende Grund für die Nichterhöhung der Beamtengehälter.

Der Ertrag der Wirtschaft, sagt die Denkschrift, sei noch nicht groß genug, um „allen Wünschen der von ihr abhängigen Personen gerecht zu werden“. Die Feststellung, daß auch die Wirtschaft zu den „von der Wirtschaft abhängigen Personen“ gehört, erhält in dieser ausdrücklichen Hervorhebung größte Bedeutung. Wenn auch diese Tatsache niemals von uns verkannt worden ist, so ist es doch eine andere Frage, ob der gegenwärtige „Gesamtertrag unserer Wirtschaft“ gerade nur zur Bestreitung der augenblicklichen Gehälter der Beamten ausreicht. Denn es handelt sich — wie eigentlich nicht besonders betont zu werden braucht — bei den Forderungen der Beamtenorganisation nicht darum, daß sie in wirtschaftlicher Beziehung „alle Wünsche“ auf einmal erfüllt sehen wollen, sondern die Frage ist, ob der gegenwärtige Stand der Wirtschaft und ihr Ertrag eine teilweise Verbesserung der Beamtengehälter zuläßt, ohne damit „alle Wünsche“ in dieser Hinsicht zu erfüllen.

Die Denkschrift verneint diese Frage auf Grund einer indirekten Beweisführung.

Ohne nämlich die Frage nach dem wirklichen „Gesamtertrag unserer Wirtschaft“ — ein Begriff, mit dem in der Denkschrift sehr viel operiert wird — aufzuwerfen und zu beantworten und den Stand der Wirtschaft mit dem zu vergleichen, wird aus den behaupteten schädlichen Folgen einer etwaigen Gehaltserhöhung deren wirtschaftliche Untragbarkeit gefolgert. In dieser Form der Begründung macht sich die Reichsregierung zum Anwalt einer völligen Abhängigkeit der Beamtenorganisation von der „Wirtschaft“, wobei die Gründe in weitgehender Weise mit denen übereinstimmen, die seit längerer Zeit von der Gesamtheit der Unternehmer dem Verlangen der Arbeitnehmer um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage entgegengehalten werden.

Sichtlich des Zusammenhangs der Löhne und Preise sind in der Denkschrift zwei Hauptgesichtspunkte zum Ausdruck gebracht. Einmal wird gesagt, daß „von einem Zurückbleiben der Beamtengehälter hinter der Steigerung der Preise keine Rede sein“ könne, und zum anderen vertritt die Denkschrift mehrfach und mit großem Nachdruck die Auffassung, daß eine Erhöhung der Gehälter „nur zu Preissteigerungen führen“

würde. Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen sieht die Denkschrift die Möglichkeit einer Besserung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Beamten in den „schon seit längerer Zeit“ betriebenen und „offenichtlich zu gewissen günstigen Ausichten“ berechtigenden Preisabbaumaßnahmen der Regierung.

Maßgebend für einen Vergleich zwischen den Lebenshaltungskosten und den Gehältern kann nur die Beziehung zwischen den Friedenspreisen und Gehältern einerseits und den heutigen Gehältern und Preisen andererseits sein. Zu welchem Ergebnis dieser Vergleich führt, gibt die Denkschrift selbst an, indem sie für die Beamten der Reichsmittelbehörden folgenden Durchschnittsprozentsatz ihrer Gehälter angibt (wir bemerken hierbei, daß nach Auffassung der Organisationen auch der neue Index einen zureichenden Maßstab zu Reallohnvergleichen mit der Vorkriegszeit nicht darstellt, weil hierzu allein ein auf der wirklichen Friedenslebenshaltung aufgebauter Index brauchbar wäre; ein solcher ist auch der neue Index nicht; für die Beamten des höheren Dienstes, Gruppen X bis B 2 88,6 Prozent; für die Beamten des Bürodienstes, Gruppen V bis X 77,4 Prozent; für die Beamten des Kanzleidienstes, Gruppen IV bis VII: 60,5 Prozent; für die Beamten des Amtsgeldendienstes, Gruppen II und III: 82,2 Prozent).

Es ist nicht verständlich, wie angesichts dieser vom Reichsfinanzminister selbst berechneten Zahlen die Denkschrift zu der Behauptung kommen kann, daß von einem Zurückbleiben der Beamtengehälter hinter der Preissteigerung keine Rede sein könne, die Gehaltserhöhungen vielmehr „bis“ der Preissteigerung vorausgesetzt seien!

Wenn dieser Satz richtig wäre, stünde er außerdem im offensichtlichen Widerspruch zu der von der Denkschrift an anderer Stelle anerkannten Tatsache, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei den Beamten groß sind. Wie übrigens die Denkschrift an anderer Stelle hervorhebt, sind in Deutschland die Löhne — und natürlich auch die Gehälter — wesentlich niedriger als in Amerika, während nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes das Goldniveau der Indizes für die Ernährungsstoffe nur den Unterschied von 145,5 in Deutschland gegenüber 152,0 in den Vereinigten Staaten (im Durchschnitt des 1. Vierteljahres 1925) aufweist. Die Ausgaben für Ernährung nehmen aber bekanntlich den größten Raum im Budget der Arbeitnehmer ein, die in Deutschland allerdings billigeren Wohnungsmieten werden dagegen in den unteren Besoldungsgruppen durch den Ortszuschlag ungefähr knapp abgegolten. Die Indexzahl für Ernährung ist vom Juni 1924 bis einschließlich März 1925 von 120 auf 139 gestiegen. Der Realwert des Grundgehalts ist demnach um 15,8 gestiegen und da inzwischen das Gehalt des ledigen Beamten nur um 12,5 Prozent, das des verheirateten Beamten mit zwei Kindern um 12,7 Prozent gestiegen ist, bleibt es um 3,3 Prozent resp. 3,1 Prozent gegenüber der Steigerung der Ernährungsstoffe zurück.

Glaubt vielleicht auch die Reichsregierung, daß es richtig sei, wenn „gerade in Beamtenfamilien“ Frau und Kinder zum Mitverdienen gezwungen werden, wie dies die Auffassung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem, dem Herrn Reichsminister überreichten „nationalwirtschaftlichen“ Programm ist?

Es ist zu bedauern, daß die Reichsregierung mit der unrichtigen Feststellung von dem Vorauseilen der Beamtengehälter nunmehr auch ihrerseits die Behauptungen jener Kreise unterstüzt, die mit diesem unrichtigen Schlagwort schon seit langem ihre Agitation gegen die Beamtenorganisation in der Öffentlichkeit bestreiten.

Ebensoviele wie wir daher zugeben können, daß die jetzigen Gehälter im Vergleich zu den Preisen angemessen seien, können wir anerkennen, daß eine maßvolle Gehaltserhöhung, besonders für die am meisten bedürftigen Gruppen, die von der Denkschrift behaupteten preissteigernden und damit nicht nur die Wirtschaft, sondern auch letzten Endes die Beamtenorganisation selbst schädigenden Folgen haben würde.

Noch viel weniger jedoch vermögen wir den Hinweis auf die im Gange befindlichen und noch weiter zu erwartenden Preisabbaumaßnahmen als einen Gesichtspunkt anzuerkennen, der eine ausreichende Motivierung für die Ablehnung jeder Gehaltserhöhung darstellt. Wir können nicht unterwähnen lassen, daß gerade dieser Hinweis immer und immer wieder bei jeder Gehaltsbewegung der Beamten gemacht worden ist. Außerdem ist es uns bis jetzt unbekannt geblieben,

welches die Preisentwertungsbestrebungen der Regierung sind, die zu den „gewissen günstigen Ausichten“ geführt haben. Der vorübergehenden Senkung des Großhandelsindex ist inzwischen wieder eine Steigerung gefolgt. Wenn auch die Gestaltung der Großhandelspreise in gewissen Grade von dem Zusammenwirken anderer wirtschaftlicher, insbesondere solcher Faktoren abhängig ist, die allgemein für die Weltmarktpreisbildung bestimmend sind, so sind im übrigen nach unserer Auffassung diejenigen Momente, die eine Beeinflussung der inneren Preisgestaltung durch Regierungsmassnahmen gestatten, keineswegs hinreichend berücksichtigt worden. Anstatt die Umkehrsteuer ganz aufzuheben oder wenigstens auf einmal um einen namhaften Teil zu senken, wurde sie zweimal um nur geringe Beträge gesenkt, so daß die Folge davon keineswegs eine entsprechende Preisentwertung war, vielmehr der Gewinn aus der Senkung der Steuer den Produzenten und Händlern zufließt. Auch in den neuen Steuerentwertungen vermögen wir eine Stellungnahme zu der Frage der längit erforderlichen Beseitigung der Umkehrsteuer. Aber selbst wenn noch andere Maßnahmen, die auf Preisentwertung abzielen, verzeichnet werden können, bleibt die Feststellung bestehen, daß diese Preisentwertung nicht eintritt ist. (Die Arbeitgeberdenkschrift spricht auch ganz offen von den „Mißfolgen der vielen Preisabbaumaßnahmen der Regierung.“) Auf der anderen Seite steht dem die in der angekündigten Zollvorlage befindete Absicht der Regierung gegenüber, den inneren Verbrauch gerade auch an lebensnotwendigsten Nahrungsmitteln durch Einführung hoher Zölle aufs neue zu belasten. Daß die Wirkung solcher Zölle eine Preissteigerung zunächst auf dem Markt der mit Zöllen belasteten Produkte und sodann in Auswirkung der hierdurch gesteigerten Lebenshaltungskosten auch bei den meisten übrigen Produkten wäre, steht wohl außer Zweifel und wird von namhaften Beurteilern der Zollfrage hervorgehoben. Ebenso also wie bisher von dem so oft angekündigten Preisabbau nichts zu sehen war, ist es uns ferner gänzlich unverständlich, wo angesichts der beachtlichen Zollpolitik die Hoffnungen auf günstige Ausichten für einen Preisabbau in der nächsten Zukunft ihre Berechtigung hernehmen will. Es bleibt daher zurzeit eine rein theoretische Feststellung, wenn wir unsere Übereinstimmung mit dem von der Denkschrift dargelegten Gedankengang bekräftigen, daß eine wirkliche Senkung der Lebenshaltungskosten für die Beamten wahrscheinlich wertvoller wäre, als eine Gehaltserhöhung. Solange jedoch keine wirkliche Preisentwertung eintritt, ist es uns unmöglich, den Hinweis hierauf als Rechtfertigung für die ablehnende Stellungnahme der Regierung anzuerkennen. Hierzu kommt noch, daß auch andere steuerliche Maßnahmen, wie z. B. die Erhöhung der Bier- und Zigarettensteuer, die beachtliche Festsetzung ganz außerordentlich hoher Steuererträge für Zucker und Salz u. a. m. gerade das Gegenteil einer Preisentwertung bewirken werden.

Die Grundlage für die Beurteilung der Möglichkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter bilden die Reichsfinanzen. Die Denkschrift verweist in dieser Beziehung auf die Etatsrede des Reichsfinanzministers. Wir machen uns den Satz in der Rede des Reichsfinanzministers zu eigen, daß die in den Steuergesetzen zureichende Regelung unmittelbar auf die endgültige Staatsgestaltung einwirkt. Gerade bei dem durchgreifenden Abbau, den eine ganze Reihe von Steuern erfahren soll, hätten wir aber erwartet, daß man vor der Übernahme dieses Abbaues die Möglichkeit einer Besoldungserhöhung berücksichtigt hätte. Sind einmal die ermäßigten Steuern in Kraft, so wird es schwer sein, später die Mittel zu einer Aufbesserung der Beamtengehälter zu beschaffen. Daß aber die Regierung zunächst die Steuern abbaut und dann feststellt, daß die Mittel für eine Gehaltserhöhung nicht vorhanden sind, heißt praktisch so viel wie Veragung irgendeiner Aufbesserung auf unbestimmte Zeit; denn nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers sollen ja in Zukunft Überschüsse, wie sie im Etatsjahr 1924 gemacht wurden, vermieden werden.

Selbstverständlich müssen wir der Auffassung zustimmen, daß Ausgaben, die, wie eine Erhöhung der Beamtengehälter, eine dauernde Belastung darstellen, nicht lediglich auf Grund des Vorhandenseins einmaliger Überschüsse oder augenblicklicher günstiger Konjunkturlagen beschlossen werden. Es hätte aber nach unserer Auffassung sehr wohl die Möglichkeit bestanden, bei dem jetzt vorzunehmenden Umbau unseres Steuerwesens Möglichkeiten für eine Gehaltserhöhung vorzusehen.

## Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

**Schuhe** Schuhhaus Ammann  
KARLSRUHE 405  
Lammstr. 12 Lammstr. 12  
für jeden Bedarf Billig und reell

**Möbel** Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen CV. 389  
einzelne Möbelstücke  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
Karlsruhe Zahlungsverleichterung. Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise

**A. KIEMLE**  
Frühlingstraße 13 KARLSRUHE Telefon 2354  
**Klubmöbel-Fabrik**  
Spezialität: 459  
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoffarten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle  
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

**Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.**  
Unsere Vertreter vermitteln alle Arten Versicherungen.

**Kunsthandlung Wandschmuck**  
für jeden Geschmack in reichster Auswahl  
**MOOS**  
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für Einrahmungen 406  
TELEPHON Nr. 994

**Nur noch Philippstr. 19**  
(Keinen Laden mehr)  
ist das seit 25 Jahren bestehende  
**Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer**  
Straßenbahnlinie 1 und 2  
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte  
Kein Laden — daher billige Preise  
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art  
Zahlungs-Erleichterung  
Bitte genau auf die Firma zu achten  
**Karlsruhe - Mühlburg**